

Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport

Niederschrift

über die 18. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport am 28.09.2017 im Kreisausschusssaal, Am Nuthefließ 2 in 14943 Luckenwalde.

Anwesend waren:

Ausschussvorsitzende

Frau Ria von Schrötter ab 17.15 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Felix Thier
Frau Silvana Gericke
Herr Lutz Lehmann

Sachkundige Einwohner

Herr Erik Scheidler

Verwaltung

Herr Karsten Dornquast	Dezernent I u. Leiter Amt für Bildung und Kultur
Herr Matthias Fröhlich	Sachgebietsleiter Schulverwaltung
Herr Christof Kürschner	Schulrat, Staatliches Schulamt bis 17.45 Uhr
Herr Dr. Mathias Weißbach	Bildungskordinator für Neuzugewanderte
Frau Birgit Kaminski	Fachkordinatorin Sportmanagement
Herr Jens Herrmann	SL Gebäude- und Liegenschaftsmanagement

Entschuldigt fehlten:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Carola Hartfelder
Herr Andreas Noack
Frau Gabriele Schröder
Herr Lars Wendlandt
Frau Mandy Werner

Sachkundige Einwohner

Frau Ursula Biesecke
Frau Marita Marufke
Frau Nicole Moskal
Frau Ulrike Schwenter

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:40 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 01.06.2017
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Anfragen der Ausschussmitglieder
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 6 Informationen zum Schuljahresbeginn 2017/18 durch das Staatliche Schulamt
- 7 Information zur Umsetzung des Kommunalinvestitionsfördergesetzes (KInvFG) an kreiseigenen Schulen
- 8 Beschlussvorlagen
- 8.1 Errichtung eines kommunalen Bildungsmanagements im Landkreis 5-3263/17-I

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung

Herr Thier als Stellvertreter der Ausschussvorsitzenden Frau von Schrötter eröffnet die 18. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport. Er stellt die frist- und formgerechte Einladung zur Sitzung fest. Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen. Herr Thier verpflichtet Herrn Erik Scheidler, der als sachkundiger Einwohner in den Ausschuss berufen wurde.

TOP 2

Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 01.06.2017

Es liegen keine Einwendungen gegen die Niederschrift vor. Sie gilt somit als angenommen.

TOP 3

Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

TOP 4

Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Thier erinnert an das Vorhaben, eine Ausschuss-Sitzung im Jahr an einem anderen Standort stattfinden zu lassen.

Herr Dornquast favorisiert den Termin im Mai.

TOP 5

Mitteilungen der Verwaltung

Herr Dornquast gibt die Terminvorschläge für die Sitzungen des Ausschusses für das Jahr 2018 bekannt:

Donnerstag, 25.01.2018,

Donnerstag, 22.03.2018,

Donnerstag, 31.05.2018,

Donnerstag, 27.09.2018,

Donnerstag, 15.11.2018.

Die Abgeordneten stimmen den Terminen zu.

TOP 6

Informationen zum Schuljahresbeginn 2017/18 durch das Staatliche Schulamt

Herr Kürschner, zuständiger Schulrat, nennt die Gewinnung von ausgebildeten Lehrkräften für alle Schulformen als das größte Problem zum Schuljahresbeginn. Er bezeichnet die Situation in den vier Schulämtern als sehr unterschiedlich. Im berlinnahen Raum besteht ein Überhang an Lehrkräften bzw. sind die Stellen besetzt. Durch den Einsatz von Seiteneinsteigern wirkt das Staatliche Schulamt dem Mangel an Lehrkräften entgegen. Herr Kürschner betont, trotz einiger unbesetzter Stellen ist der Unterricht überall gesichert. In Bezug auf die Seiteneinsteiger führt Herr Kürschner aus, dass die Schulen vor einer zunächst befristeten Einstellung Personalgespräche durchführen. Nach einer einjährigen berufsbegleitenden Fortbildung kann ihnen eine unbefristete Stelle angeboten werden. Seiteneinsteiger mit Hochschulabschluss können nach entsprechender Qualifizierung auch ein Lehramt bekommen.

Anhand einer Power-Point-Präsentation informiert Herr Kürschner über die Anzahl der Schülerinnen und Schüler an den verschiedenen Schulformen, die Aufnahmeverfahren der Schulen in Klasse 1, die Umsetzung bildungspolitischer Vorhaben, den Unterricht in Vorbereitungsgruppen sowie die Beschulung von Einzugliedernden.

Frau von Schrötter übernimmt die Leitung des Ausschusses.

Herr Thier fragt, ob Seiteneinsteiger die pädagogische Ausbildung nachholen können und wenn ja, was diese nachgeholt Ausbildung von einer Lehrerausbildung unterscheidet.

Herr Kürschner erklärt, dazu muss sehr differenziert werden. Seiteneinsteiger ohne pädagogische Ausbildung können die einjährige Grundqualifizierung absolvieren. Dort werden die Grundlagen vermittelt, es ist aber keine Befähigung zum Lehramt und diese Kollegen bleiben Seiteneinsteiger. Bei der Lehrerausbildung zählen die Semesterwochenstunden des zurückliegenden Studiums sowie die Leistungspunkte.

Frau von Schrötter war der Meinung, dass die Erstaufnahmeeinrichtung in Wünsdorf die Infrastruktur der Stadt Zossen im Kita- und Schulbereich nicht belasten würde. Jetzt hört sie es anders. Sie fragt Herrn Kürschner, ob das kommuniziert wurde.

Herr Kürschner erläutert, die Beschulung erfolgt in der Erstaufnahmeeinrichtung. Die Lehrkräfte arbeiten in der Erstaufnahmeeinrichtung und werden nur an der Oberschule verwaltet. Die Kinder gehören auch nicht zu den Schülerzahlen der Oberschule. Er bekräftigt, dass dadurch kein Schulplatz verloren geht.

Frau von Schrötter bemerkt, dass die Oberschule Trebbin zu den Schulen für gemeinsames Lernen gehört. Sie erhielt die Information, dass dort zumindest fünf autistische Kinder und ein verhaltensauffälliger Schüler beschult werden, aber keine Fachkraft für gemeinsames Lernen zur Verfügung steht.

Herr Kürschner ist diese Situation nicht bekannt. Er berichtet, an der Oberschule Trebbin gibt es zurzeit noch 1,8 offene Stellen. In den Schulen für gemeinsames Lernen werden Förderbedarfe wie „Lernen“, „emotionale Entwicklung“, „Hören“ und „Sehen“ zusammengefasst. Die Förderstunden für Autismus und körperliche Beeinträchtigungen sind zusätzliche Stunden. Eine Schule mit Autisten wäre sonst bestraft. Auf eine weitere Frage von Frau von Schrötter erklärt er, es gibt keine Lehrkräfte für gemeinsames Lernen. Es handelt sich um Sonderpädagogen, die die Schüler/innen dort fördern können. Er betont, dass eine inklusive Bildung nur mit dem Vorhandensein des entsprechenden Personals möglich ist, was zurzeit nicht der Fall ist.

Frau von Schrötter berichtet von einer Lehrerin aus Syrien, die aufgrund eines nicht bestandenen C1-Deutschkurses, der aber nachholbar ist, nicht eingestellt wurde. Sie kann es nicht nachvollziehen, da Kosten für ihre Ausbildung geflossen sind und diese Ressource den Kindern nicht zur Verfügung steht.

Herr Kürschner ist dieser Fall nicht bekannt. Seiner Kenntnis nach könnten die Lehrkräfte genau wie die Seiteneinsteiger eingestellt werden, sofern noch Lehrerstellen vorhanden sind,

Frau von Schrötter beendet den Tagesordnungspunkt und dankt Herrn Kürschner für die Informationen.

TOP 7

Information zur Umsetzung des Kommunalinvestitionsfördergesetzes (KInvFG) an kreiseigenen Schulen

Herr Dornquast informiert, die Verwaltung hat den Zuschlag für die Förderung insbesondere energetischer und infrastruktureller Maßnahmen an kreislichen Schulen erhalten. Es gab einen Vorhabenkatalog, der zum einen offen und zum anderen während der Förderperiode noch wechselbar ist. Das Amt 10, in das das SG „Gebäude- und Liegenschaften“ integriert ist, wird heute vertreten durch den Sachgebietsleiter Herrn Hermann. Durch die Schulverwaltung und das Bauamt wurden die Objekte mit dem höchsten Nachholbedarf, mit Erweiterungsbedarf und bei denen die energetische Sanierung eine Rolle spielt, herauskristallisiert. Die Förderfähigkeit unter der Prämisse der Förderrichtlinie war zu berücksichtigen. Der mit KT-Beschluss bewilligte Maßnahmenkatalog wurde umgesetzt. Herr Dornquast berichtet weiter, es war ein schwieriger Prozess. Es hat in verschiedenen Ausschüssen einen Zwischenstand gegeben, bis es zur Bewilligung des Gesamtpaketes kam. Bei den großen Projekten handelt es um die Erweiterung am Gymnasium Rangsdorf und den Dachgeschossausbau am Gymnasium Ludwigsfelde mit der Schaffung notwendiger Kapazitäten im Kontext mit der energetischen Sanierung und Modernisierung. Es gibt auch einige weitere größere Vorhaben. Das nächste wäre der Bereich am Goethe-Schiller-

Gymnasium Jüterbog, wo auch ein großer Planungsvorlauf notwendig war. Bei den kleineren Maßnahmen handelt es sich um Dämmmaßnahmen am Gymnasium Luckenwalde sowie an der VHS in der Dessauer Straße. Er führt weiter aus, die notwendigen europaweiten Ausschreibungen binden viele Zeitressourcen in der Verwaltung. Der Förderzeitraum ist um zwei Jahre verlängert worden. Zum Stand der Einzelmaßnahmen bittet er Herrn Herrmann das Wort zu erteilen und sagt zu, die Liste zu den Einzelmaßnahmen als Anlage dem Protokoll beizufügen.

Herr Herrmann erläutert, im August wurde das Gesetz geändert, sodass die Baumaßnahmen bis zum Jahr 2022 durchgeführt und bis zum Jahr 2023 abgerechnet werden können. Geplant ist, die Baumaßnahmen bis 2020 abzuschließen. Er berichtet weiter, am Gymnasium Jüterbog wurden die ersten Maßnahmen abgeschlossen. Die Heizung sowie der Heizungskeller wurden saniert. Die Dämmung der obersten Geschossdecke erfolgte im vergangenen Jahr. Das Vorhaben, die Umkleieräume der Turnhallen im Haus 1 und Haus 2 zu sanieren und Barrierefreiheit zu schaffen, musste zurückgestellt werden. Als weitere Maßnahme sind der Neubau einer Schülerspeisung und die energetische Sanierung von einem Fachkabinettbereich geplant.

Am Gymnasium Luckenwalde wurde die oberste Geschossdecke gedämmt. Diese Maßnahme ist abgeschlossen. Die Ersetzung der Heizungsregelung wurde zurückgestellt. Am Marie-Curie-Gymnasium erfolgt zurzeit die europaweite Vergabe für Planungsleistungen, die im ersten Kreisausschuss 2018 beschlossen werden soll. Am Ende des Jahres sind die Vergaben für die Bauleistungen geplant, deren Ausführung in den Jahren 2019/2020 realisiert werden soll. Die Erneuerung der Fenster wurde zurückgestellt.

Herr Herrmann berichtet weiter, dass für das Fontane-Gymnasium Rangsdorf ein Ergänzungsneubau geplant ist. Das Vorhaben befindet sich in der europaweiten Vergabe und soll im Kreisausschuss im November 2017 beschlossen werden. Die Planung soll im Jahr 2018 erfolgen, die Durchführung in den Jahren 2019/2020. Weitere Maßnahmen sind die Modernisierung der Beleuchtung sowie der Heizungsanlage im Altbau. Die Ausführungen sollen jeweils in den Jahren 2018/2019 realisiert werden.

Die Maßnahme „Erneuerung der Außentüren aus energetischen Gründen“ wurde zurückgestellt.

In der FS Groß Schulzendorf, berichtet er, wurde die Maßnahme „Modernisierung der Heizungsanlage“ abgeschlossen.

Die geplanten umfangreichen Maßnahmen in der Volkshochschule Luckenwalde wurden zurückgestellt.

Herr Lehmann fragt, aus welchem Grund die kleinen Maßnahmen zurückgestellt werden.

Herr Herrmann erklärt, es mussten Prioritäten gesetzt werden. Die großen Maßnahmen müssen durchfinanziert und durchgeführt werden. Im Rahmen der Planung kam es zu finanziellen Erhöhungen. Die kleinen Maßnahmen können evtl. auch über andere Förderprogramme oder aus dem Aufwand finanziert werden.

Herr Dornquast ergänzt, die Kostenschätzung wurde zunächst vom Bauamt vorgenommen. Es war aber bei jeder Vergabe im Baubereich ein erheblicher Kostenaufwuchs von 7% - 10% zu verzeichnen. Um die großen Maßnahmen abzusichern, wurden zum Teil die kleineren Maßnahmen vorerst zurückgenommen. Bewusst wurden die pflichtigen Selbstverwaltungsaufgaben wie die Absicherung des Schulbetriebes und Maßnahmen mit energetischem Effekt zur Reduzierung der laufenden Kosten vorgezogen.

Frau von Schrötter begrüßt, dass der Zeitrahmen sehr wahrscheinlich eingehalten werden kann und eine Verlängerung damit nicht notwendig wird. Sie beendet den TOP und bedankt sich bei Herrn Herrmann für die Ausführungen.

TOP 8 **Beschlussvorlagen**

TOP 8.1 **Errichtung eines kommunalen Bildungsmanagements im Landkreis (5-3263/17-I)**

Herr Dornquast erinnert an die Schulentwicklungsplanung (SEP) in den letzten zwei Jahren. Der Zwischenstand ist, dass die SEP nach dem Kreistagsbeschluss dem Bildungsministerium zur Genehmigung zugeleitet wurde. Er erläutert, dass das hier vorliegende Vorhaben weiter geht. Wie im Sachverhalt beschrieben, ist es mit den Ressourcen des Amtes für Bildung und Kultur nicht zu leisten. Der Anspruch ist, Bildung ganzheitlich zu betrachten, als lebenslangen Prozess zu verfolgen und die vielfältigen Träger über ein Bildungsmanagement zusammenzufassen. Dieses Projekt ist von Frau Kaminski und Herrn Dr. Weißbach vorbereitet worden. Mit der amtsinternen Ressource bzw. den personellen Ressourcen der Kreisverwaltung ist es nicht möglich, diese vielen Informationen zu bündeln, darzustellen und zu analysieren. Nur durch komprimierte Informationen und die Möglichkeit, diese auszuwerten kann nachgesteuert und Einfluss genommen werden. Dabei geht es um Kita-Planung, Sozialplanung sowie die Verbindung der unterschiedlichen schon installierten Netzwerke. Abschließend weist Herr Dornquast auf das zur heutigen Sitzung ausgeteilte Informationspapier - Mehrwert für den Landkreis Teltow-Fläming im Rahmen der Teilnahme am Bundesförderprogramm „Bildung integriert“ (BI) - (Anlage) hin. Der Landkreis erhofft sich auch Synergien und Erkenntnisse aus einem auf die Region bezogenen Bildungsmonitoring zur Verknüpfung bestimmter Sachen. Die Bürgermeister, Bürgermeisterinnen und der Amtsdirektor äußerten sich positiv zum Umgang des Landkreises auch mit der Entwicklungsprognose des Zuzuges und des Aufwachsens der Einwohner in den Gemeinden im Rahmen der SEP. Diese Daten werden zum Beispiel in der Kita-Bedarfsplanung aufgegriffen.

Herr Scheidler würde es begrüßen, wenn dieses Projekt im Kreistag beschlossen würde. Aus Sicht der Stadt Luckenwalde fragt er, ob zum Teilprojekt Kita, u. a. für Kita-Plätze, schon Ergebnisse vorliegen.

Herr Dornquast verweist darauf, dass in Bezug auf Kindertagesstätten das Jugendamt federführend ist. Er betont, dass es bei dem Projekt um die Koordinierung der Kita-Anmeldungen geht um Doppelungen und Überschneidungen zu vermeiden. Er sagt zu, im Jugendamt Auskunft zu holen.

Herr Dornquast betont, Zielstellung dieses Projektes ist es, den lebenslangen Bildungsprozess darzustellen, die Bedarfe zu ermitteln bzw. nachzusteuern. Über das Bildungsmonitoring müssen die in den Verwaltungen schon vorhandenen Quellen ausgeschöpft werden.

Frau Gericke berichtet, dass in Ludwigsfelde vier Kindertagesstätten gebaut werden, dafür aber das notwendige Personal wahrscheinlich nicht zur Verfügung stehen wird. Sie fragt, ob mit der digitalen Erfassung in Verbindung mit dem Arbeitsamt und den Schulen versucht wird gegenzusteuern und Einfluss auf die Entwicklung zu nehmen.

Herr Dornquast erläutert, die Programme müssen weit vernetzt werden, eine Kooperation mit dem Staatlichen Schulamt ist sogar zwingend vorgegeben. Schwierig ist es, die Arbeitsbeziehungen kontinuierlich und intensiv zu pflegen. Die gewonnenen Daten und Informationen müssen genutzt werden. Herr Dr. Weißbach arbeitet in vielen Arbeitsgemeinschaften und Netzwerken mit, die in dieser Angelegenheit nach Lösungsmöglichkeiten suchen.

Weiter informiert er über ein Schreiben der Bundesministerin über die Verlängerung des Projektes „Bildungskoordinatoren für Flüchtlinge“, sodass eine weitere Förderung für den

Landkreis als Träger sichtbar ist. Diese Möglichkeiten sollten für den Landkreis ausgeschöpft werden.

Frau von Schrötter merkt an, der Landkreis Teltow-Fläming bildet rein statistisch genügend Erzieher für den Bedarf der Kitas aus, die aber nicht zur Verfügung stehen. Sie schlussfolgert, dass nicht alles mit einer Erhebung steuerbar ist. Der Lehrernotstand ist seit vielen Jahren bekannt, es wurde trotzdem nicht entsprechend gehandelt. Sie bedauert, dass Herr Kürschner nicht mehr anwesend ist, da sie der Umgang des Staatlichen Schulamtes mit diesem Projekt interessiert. Sie befürchtet, das Inklusionsprojekt „gemeinsames Lernen“ ist konzeptionell festgeschrieben und gut durchdacht, aber in der Praxis nicht umsetzbar. Dasselbe befürchtet sie auch bei diesem Projekt. Sie fragt, wie verbindlich ein solches Management von Seiten des Schulamtes ist.

Herr Dornquast verweist auf die Erfahrung von Dr. Weißbach, der über die Transferorganisation mit den anderen Kollegen vernetzt ist.

Herr Dr. Weißbach berichtet von seinen Erfahrungen im Landkreis Barnim. Er war dort im Rahmen des schon erwähnten Bildungsmanagements fast zwei Jahre tätig. Er führt aus, im Landkreis Barnim ist es so, dass im Schulamt Frankfurt/Oder mit einem Schulrat regelmäßig Arbeitsgespräche zu unterschiedlichen Themen stattfinden. Dazu werden je nach Schwerpunkt der Tagesordnung auch andere Schulräte aus anderen Zuständigkeiten eingeladen. In diesen Sitzungen werden konkrete Arbeitsaufträge aus dem SG Bildung formuliert und an das Schulamt herangetragen. Diese Kooperation verläuft äußerst erfolgreich. Weiter berichtet er, dieses Bildungsmanagement bietet auch die Chance, die Bedingungen vor Ort so zu beeinflussen, dass auch Fachkräfte in der Region gehalten werden können. Er bezeichnet seine Erfahrungen als sehr positiv und rät dringend dazu, dem Projekt zuzustimmen.

Frau von Schrötter fragt nach konkreten Beispielen aus dem Bereich Barnim, wie Fachkräftebindung im Bereich der Lehrkräfte über dieses Bildungsmanagement erreicht werden kann.

Herr Dr. Weißbach sagt zu, Informationen nachzuliefern.

Frau Kaminski ergänzt, das Bildungsmonitoring ist nicht dazu angedacht, die Umsetzung von landespolitischen Maßnahmen in Frage zu stellen oder zu bejahen, sondern Bildung ist eine gesellschaftliche Aufgabe. Dieser Aufgabe muss sich auch der Landkreis stellen.

Herr Dr. Weißbach weist darauf hin, dass die Steuerungsgruppe eine Lenkungsfunktion hat bzw. sie annehmen wird. Dieses Gremium wird aus Mitgliedern der Verwaltung und aus Mitgliedern der politischen Ebene bestehen. Er betont, dass somit von den Abgeordneten Einfluss darauf genommen werden kann, welche Schwerpunkte im Landkreis bildungspolitisch wirklich eine Rolle spielen und in den Fokus genommen werden sollen.

Frau von Schrötter glaubt nicht an die Realisierung. Sie meint, in den letzten Jahren gab es schon sehr viele Erkenntnisse, es hat sich aber trotzdem nicht ausreichend viel bewegt. Sie ist nicht dagegen, möchte aber den Argumenten etwas entgegensetzen können. Sie verweist auf das Statistische Landesamt und die Einwohnermeldeämter, die auch verlässliche Zahlen liefern.

Herr Dornquast erläutert, es handelt sich um Daten, die im Zusammenhang mit städtischer Entwicklung stehen. Neu in der Schulentwicklungsplanung des Landkreises war, dass Schätzungen und Berechnungen vorgenommen wurden, die auf durchschnittlichen Zuzügen der letzten fünf Jahre beruhen. Die vom Landesamt zur Verfügung gestellten Daten sind nicht ausreichend. So werden aktuelle, durch die Kommunen erhobene Daten abgefordert.

Die Daten und Informationen müssen gebündelt werden. Sehr viele Informationen und Daten können nicht im Bildungskontext im Zusammenhang gesehen werden. Die Daten aus diesem Monitoring können auch für die Schulentwicklungsplanung des Landkreises herangezogen werden. Es kann Einfluss auf das Angebot sowie die Gestaltung von Bildungsgängen am OSZ haben.

Herr Lehmann stimmt Herrn Dornquast zu. Er meint, bei diesem Projekt steht die Zusammenarbeit der Bildungsträger im Fokus, u. a. auch zur Sicherung des Fachkräftebedarfes. Eventuell kann auch zur Inklusionsproblematik eine Lösung gefunden werden.

Frau von Schrötter stellt keine weiteren Wortmeldungen fest und bittet um Abstimmung.

Ja-Stimmen:	3
Enthaltungen:	1
Nein-Stimmen	0

Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport empfiehlt dem Kreistag die Errichtung eines datenbasierten kommunalen Bildungsmanagements im Landkreis Teltow-Fläming.

Frau von Schrötter beendet die Sitzung und wünscht allen einen guten Heimweg.

Luckenwalde, d. 16.10.2017

gez. Ria von Schrötter
Die Vorsitzende

Heike Linke
Protokollantin